



Niederschrift

Nr. 13a

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates der VRR AöR am Mittwoch, den 05.07.2017, 10:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Essen, Porscheplatz, Raum 2.20

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzender

Herr Hans Wilhelm Reiners

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Ulrich Cyprian, Herr Martin Erlmann, Herr Guido Görtz, Herr Andreas Hartnigk, Herr Frank Heidenreich, Herr Thomas Kracke, Herr Johannes Kraft, Herr Friedhelm Krause, Herr Sascha Kurth, Herr Martin M. Richter, Herr Rainer Schlottmann, Herr Dirk Schmidt, Herr Dr. Johannes Slawig, Herr Friedhelm Stevens, Herr Uwe Waßmann, Herr Dr. Christian Will

SPD ordentliche Mitglieder

Herr Axel Barton, Herr Volker Dittgen, Herr Karl-Heinz Emmerich, Frau Dr. Kathrin Konrad, Herr Rüdiger Lehr, Herr Helmut Peters, Herr Dirk Pläßmann, Herr Jürgen Scharmacher, Herr Norbert Schilff, Herr Martin Volkenrath, Herr Wolfgang Weber, Herr Axel C. Welp

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Herr Norbert Czerwinski, Frau Martina Foltys-Banning, Herr Uwe Tietz

NVN ordentliche Mitglieder

Herr Wolfgang Spreen

Unternehmensvertreter ordentliche Mitglieder

Herr Heinrich Brüggemann, Herr Ulrich Jaeger, Herr Manfred Kossack, Herr Wolfgang Neige

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Jörg Jedfeld, Frau Cornelia Zuschke

SPD stellvertretende Mitglieder

Herr Bernd Goerke, Herr Daniel Mühlenfeld, Herr Harald Nübel

Bündnis 90/Die Grünen stellvertretende Mitglieder

Herr Hans-Peter Vorsteher

NVN stellvertretende Mitglieder

Herr Frank Berger

Unternehmensvertreter stellvertretende Mitglieder

Herr Dipl.-Ing. Werner Overkamp

Berater/Gäste

Herr Jens Betz

Vorstand VRR AöR

Herr Martin Husmann, Herr José Luis Castrillo

Verwaltung

Herr Ulrich Haller, Herr Dirk Kühnert, Frau Simone Mathea-Schönfeld, Frau Gabriele Matz,
Herr Rolf Ommen, Herr Erhard Wolf

Schriftführerin

Frau Sarah Scholz

Tagesordnung**Drucksache-Nr.:**

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 1. | Form und Frist der Ladung | |
| 2. | Beschlussfähigkeit und Tagesordnung | |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 30.03.2017 | |
| 4. | Sachstandsbericht | Z/IX/2017/0303 |
| 5. | Bestellung einer/eines stellvertretenden Schriftführerin/Schriftführers des Verwaltungsrates | Z/IX/2017/0305 |
| 6. | Jahresabschluss der VRR AöR für das Jahr 2016 und Entlastung des Vorstandes | Z/IX/2017/0307 |
| 7. | Jahresabschluss des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2016 und Entlastung des Verbandsvorstehers | Z/IX/2017/0308 |
| 8. | Jahresabschluss des Eigenbetriebs ZV VRR FaIn-EB für das Jahr 2016 und Entlastung der Betriebsleitung und der Mitglieder des Betriebsausschusses | Z/IX/2017/0309 |
| 9. | Jahresabschluss des NVN für das Jahr 2016 und Entlastung des Verbandsvorstehers | Z/IX/2017/0310 |
| 10. | Änderung des Wirtschaftsplans des Zweckverbandes VRR FaIn-EB für das Jahr 2017 | Z/IX/2017/0341 |
| 11. | Verbundetat 2017 | O/IX/2017/0325 |
| 12. | Satzung zur Änderung der Umlagensatzung des ZV VRR für das Jahr 2017 | Z/IX/2017/0312 |
| 13. | Änderung der Richtlinie zur Weiterleitung von Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG NRW | Z/IX/2017/0313 |
| 14. | Änderung des ÖPNVG NRW – Anreize für Fahrzeuge | O/IX/2017/0326 |
| 15. | VRR-Nahverkehrsplan 2017 | O/IX/2017/0327 |
| 16. | Machbarkeitsstudie Grevenbroich S-Bahn | S/IX/2017/0316 |
| 17. | Tarifangelegenheiten | M/IX/2017/0317 |
| 18. | Marketingangelegenheiten | M/IX/2017/0318 |
| 19. | Allgemeine VRR-Preisanpassung 01.01.2018 | M/IX/2017/0328 |
| 20. | ZeRP-Lagebericht 2016 | I/IX/2017/0329 |
| 21. | Sozialticket – Finanzierung und weiteres Vorgehen | M/IX/2017/0347 |
| 22. | Anfragen und Mitteilungen | |

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Verwaltungsrates und begrüßt die Anwesenden.

1. **Form und Frist der Ladung**

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Verwaltungsrates fest.

2. **Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Die Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrates wird festgestellt. Die Tagesordnung wird genehmigt.

3. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 30.03.2017**

Der Verwaltungsrat genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsrates vom 30.03.2017.

4. **Sachstandsbericht
Vorlage: Z/IX/2017/0303**

Der Verwaltungsrat nimmt den Sachstandsbericht gemäß Drucksache Nr. Z/IX/2017/0303 zur Kenntnis.

5. **Bestellung einer/eines stellvertretenden Schriftführerin/Schriftführers des Verwaltungsrates
Vorlage: Z/IX/2017/0305**

Der Verwaltungsrat bestellt Frau Sarah Scholz einstimmig zu seiner stellvertretenden Schriftführerin.

6. **Jahresabschluss der VRR AöR für das Jahr 2016 und Entlastung des Vorstandes
Vorlage: Z/IX/2017/0307**

Herr Vorsteher weist unter Bezugnahme auf die nicht besetzten Stellen bei der

VRR AöR darauf hin, dass hier evtl. eine Kontaktaufnahme zu den Universitäten zwecks Personalgewinnung hilfreich sein könnte.

Anschließend fasst der Verwaltungsrat einstimmig folgenden Beschluss:

- Der Verwaltungsrat stellt den Jahresabschluss der VRR AöR zum 31.12.2016 mit einer Bilanzsumme von 335.332.052,84 € und einem Jahresfehlbetrag von -5.216.531,94 € fest.
- Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresfehlbetrag 2016 durch Entnahme aus der Kapitalrücklage i. H. v. -5.216.531,94 € auszugleichen.
- Der Verwaltungsrat beschließt für den Bereich SPNV-Finanzierung:
 - a) die Rückzahlung der ausgezahlten anteiligen SPNV-Umlage 2016 an den ZV VRR i. H. v. 9.667.619,08 €.
 - b) die Weiterleitung von SPNV-Mitteln an den Zweckverband VRR i. H. v. 5.300.000,00 € für die Finanzierung von SPNV-Fahrzeugen und Infrastrukturmaßnahmen.
- Der Verwaltungsrat beschließt die Entnahme aus der Kapitalrücklage für die Maßnahme Vertrieb 2020 im Jahr 2017 i. H. v. 2.500.000,00 € zur Rückzahlung an den ZV VRR und Weiterleitung an den ZV VRR FaIn-EB.
- Dem Vorstand wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

7. Jahresabschluss des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2016 und Entlastung des Verbandsvorstehers
Vorlage: Z/IX/2017/0308

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den Jahresabschluss zum 31.12.2016 des ZV VRR zur Kenntnis und empfiehlt der Versammlung des ZV VRR einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Versammlung stellt den Jahresabschluss des ZV VRR mit einer Bilanzsumme von 69.427.062,78 € und einem Jahresüberschuss von 23.504,65 € für das Jahr 2016 fest.
- Die Versammlung beschließt, den Jahresüberschuss i. H. v. 23.504,65 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
- Die Versammlung beschließt die Weiterleitung der anteiligen SPNV-Umlage 2016 i. H. v. 9.667.619,08 € an den ZV VRR FaIn-EB.

- Die Verbandsversammlung beschließt die Weiterleitung der SPNV-Mittel für die Finanzierung von SPNV-Fahrzeugen und Infrastrukturmaßnahmen i. H. v. 5.300.000 € an den ZV VRR FaIn-EB.
- Die Verbandsversammlung beschließt die Weiterleitung der Mittel aus der Kapitalrücklage der VRR AöR i. H. v. 2.500.000 € für die Finanzierung des SPNV-Vertriebs an den ZV VRR FaIn-EB.
- Die Verbandsversammlung erteilt dem Vorstandsvorsteher für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung.

8. Jahresabschluss des Eigenbetriebs ZV VRR FaIn-EB für das Jahr 2016 und Entlastung der Betriebsleitung und der Mitglieder des Betriebsausschusses
Vorlage: Z/IX/2017/0309

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den Jahresabschluss zum 31.12.2016 des ZV VRR FaIn-EB zur Kenntnis und empfiehlt der Verbandsversammlung des ZV VRR einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Verbandsversammlung stellt den Jahresabschluss des ZV VRR FaIn-EB mit einer Bilanzsumme von 490.387.893,77 € und einem Jahresfehlbetrag von -5.412.558,59 € für das Jahr 2016 fest.
- Die Verbandsversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag 2016 i. H. v. -5.412.558,59 € auf neue Rechnung vorzutragen.
- Die Verbandsversammlung erteilt den Mitgliedern des Betriebsausschusses für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung.

9. Jahresabschluss des NVN für das Jahr 2016 und Entlastung des Vorstandsvorstehers
Vorlage: Z/IX/2017/0310

Der Verwaltungsrat der VRR AöR empfiehlt der Verbandsversammlung des Nahverkehrs-Zweckverbandes Niederrhein (NVN) einstimmig,

- den Jahresabschluss 2016 für den Nahverkehrs-Zweckverband Niederrhein (NVN) und
- die Entlastung des Vorstandsvorstehers zu beschließen.

10. Änderung des Wirtschaftsplans des Zweckverbandes VRR Faln-EB für das Jahr 2017
Vorlage: Z/IX/2017/0341

Der Verwaltungsrat der VRR AöR empfiehlt der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR einstimmig, den folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR stellt den geänderten Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes ZV VRR Faln-EB für das Wirtschaftsjahr 2017 gemäß Anlage zur Drucksache Nr. Z/IX/2017/0341 fest und beschließt die im Vermögensplan enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. T€ 773.859 für die Jahre 2017-2021.

11. Verbundetat 2017
Vorlage: O/IX/2017/0325

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig den Verbundetat 2017 (Änderung der Anlage 10 der Finanzierungsrichtlinie) gemäß Anlagen zur Drucksache Nr. O/IX/2017/0325 einschließlich der von **Herrn Husmann** vorgelegten Protokollnotiz (Anlage 1 zur Niederschrift).

Auf dieser Basis beschließt der Verwaltungsrat zudem einstimmig den vorläufigen Verbundetat 2018 (Änderung der Anlage 10 der Finanzierungsrichtlinie ab dem Jahr 2018), um die erste Abschlagszahlung der Finanzierungsmittel des Jahres 2018 zu ermöglichen. Im ersten Sitzungsblock des Jahres 2018 wird der endgültige Verbundetat 2018 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der lokalen Anhörungsgespräche zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

12. Satzung zur Änderung der Umlagensatzung des ZV VRR für das Jahr 2017
Vorlage: Z/IX/2017/0312

Der Verwaltungsrat der VRR AöR empfiehlt der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verbandsversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Umlagensatzung des Zweckverbandes VRR für das Jahr 2017 in der Fassung der Umlagensatzung 2017 (Drucksache Nr. Z/IX/2016/0242) vom 08.12.2016 gemäß Anlage zur Drucksache Nr. Z/IX/2017/0312.

13. Änderung der Richtlinie zur Weiterleitung von Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG NRW
Vorlage: Z/IX/2017/0313

Der Verwaltungsrat beschließt einstimmig die Änderung der Richtlinie zur Weiterleitung von Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG NRW gemäß Drucksache Nr. Z/IX/2017/0313.

14. Änderung des ÖPNVG NRW – Anreize für Fahrzeuge
Vorlage: O/IX/2017/0326

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig das in der Beschlussvorlage dargestellte Vorgehen bzgl. der Regelungen zur Schaffung von Anreizen zum Einsatz neuwertiger und barrierefreier Fahrzeuge im ÖSPV entsprechend der Vorgaben des § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW.

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt einstimmig die vorliegende „Richtlinie zur Finanzierung von Anreizen zum Einsatz neuwertiger und barrierefreier Fahrzeuge im ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr im Sinne des § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW“ (Anlage zur Drucksache Nr. O/IX/2017/0326) mit Wirkung zum 01.01.2017.

15. VRR-Nahverkehrsplan 2017
Vorlage: O/IX/2017/0327

Herr Husmann weist darauf hin, dass die Planungen bezüglich der Stadt Mönchengladbach mittel- bis langfristig umgesetzt werden sollen. Aufgrund aktueller Entwicklungen könnten Änderungen des Nahverkehrsplans erforderlich sein. Zurzeit stünden noch die Ergebnisse einer Studie aus. Der VRR werde weiterhin jährlich zum Nahverkehrsplan berichten.

Herr Czerwinski bedankt sich bei der Verwaltung und bekundet seine Freude über die geplanten Verbesserungen in Mönchengladbach.

Herr Husmann teilt mit, dass für den RE 8 eine Durchbindung nach Venlo geplant sei.

Frau Foltys-Banning äußert den Wunsch nach einer Anbindung Krefelds an den überregionalen Verkehr.

Der Verwaltungsrat beschließt einstimmig den VRR-Nahverkehrsplan 2017 gemäß Anlage zur Drucksache Nr. O/IX/2017/0327 und beauftragt den Vorstand mit dessen Umsetzung.

16. Machbarkeitsstudie Grevenbroich S-Bahn
Vorlage: S/IX/2017/0316

Der Verwaltungsrat begrüßt einstimmig die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und die in der Drucksache Nr. S/IX/2017/0316 beschriebene weitere Vorgehensweise.

17. Tarifangelegenheiten
Vorlage: M/IX/2017/0317

Herr Husmann trägt vor, dass der Beschluss zu Ziffer 4 der Drucksache Nr. M/IX/2017/0317 dahingehend zu ergänzen sei, dass er vorbehaltlich der Einigung in der Einnahmenaufteilung gefasst werde. Anschließend beschließt der Verwaltungsrat einstimmig gemäß Drucksache Nr. M/IX/2017/0317 einschließlich der von Herrn Husmann vorgetragenen Ergänzung.

18. Marketingangelegenheiten
Vorlage: M/IX/2017/0318

Der Verwaltungsrat nimmt die Sachstände gemäß Drucksache Nr. M/IX/2017/0318 zur Kenntnis.

19. Allgemeine VRR-Preisanpassung 01.01.2018
Vorlage: M/IX/2017/0328

Herr Czerwinski weist auf den seiner Meinung nach guten Markteinführungspreis zum YoungTicketPlus hin. Viele Kunden hätten das Ticket bis jetzt aus Unkenntnis noch nicht genutzt. Da insbesondere Auszubildende, die im ländlichen Raum tätig sind, eine höhere Preisstufe wählen müssten, seien Mindereinnahmen zu erwarten. Jedoch sei gerade an dieser Stelle der Einsparungseffekt für die Kunden am größten. Somit könne die Politik ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Herr Heidenreich weist auf den langen Arbeitsprozess hin, der dem derzeitigen Beratungsstand vorausging. Die Finanzierung durch den jeweiligen Kunden betrage nur ca. 50 % der Kosten. Er fordert die Anwesenden auf, nun aktiv auf die Vermarktung des Produkts hinzuwirken.

Herr Weber schließt sich seinen Vorrednern an und betont, dass in dieser Hinsicht alle drei Faktionen der derzeitigen Entwicklung befürwortend gegenüber stehen.

Der Verwaltungsrat beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme die Drucksache Nr. M/IX/2017/0328 inklusive 1. Nachtrag einschließlich der in der Ziffer 1 der Anlage 2 zu dieser Niederschrift beschriebenen Anpassungen.

20. ZeRP-Lagebericht 2016
Vorlage: I/IX/2017/0329

Der Verwaltungsrat der VRR AöR nimmt den ZeRP-Lagebericht 2016 gemäß Anlage zur Drucksache Nr. I/IX/2017/0329 zur Kenntnis.

21. Sozalticket – Finanzierung und weiteres Vorgehen
Vorlage: M/IX/2017/0347

Herr Weber und **Herr Welp** begründen den von der SPD-Fraktion vorgelegten Antrag (Anlage 3 zu dieser Niederschrift).

Herr Heidenreich und **Herr Czerwinski** begründen die von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Resolution (Anlage 4 zu dieser Niederschrift).

Es werden wechselseitig Argumente ausgetauscht.

Im Anschluss lässt **Herr Reiners** zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Dieser wird mit 13 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt (7 Enthaltungen).

Herr Reiners lässt sodann über die Resolution der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Diese wird bei 23 Ja-Stimmen und 13

Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen (7 Enthaltungen).

Anschließend wird über die Drucksache Nr. M/IX/2017/0347 einschließlich der Anpassungen gemäß Anlage 2 zur Niederschrift (Ziffer 2) abgestimmt. Der Vorsitzende stellt bei 24 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen die mehrheitliche Beschlussfassung fest (4 Enthaltungen).

22. Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Hans Wilhelm Reiners
Vorsitzender

Sarah Scholz
Schriftführerin

Protokollnotiz zur Beschlussvorlage VE 2017 (endgültig) - Drucksache O/IX/2017/0325

An dem vorliegenden endgültigen Verbundetat 2017 (Drucksache O/IX/2017/0325) ergeben sich folgende Änderungen:

VER – Ennepe-Ruhr-Kreis

Es wurde ein geändertes lokales Anhörungsgespräch vorgelegt (Veränderung -0,100 Mio. €).

NEW MöBus – Rhein-Kreis Neuss

Das Ergebnis des lokalen Anhörungsgesprächs zwischen der NEW MöBus und dem Rhein-Kreis Neuss bzgl. der Linie 090 in Jüchen wurde in der Vorlage nicht berücksichtigt (Veränderung +0,630 Mio. €).

Rheinbahn – Stadt Neuss und Stadt Düsseldorf

Die Pachtregelung zwischen der Rheinbahn, der Stadt Neuss und der Stadt Düsseldorf wurde in der Vorlage nicht berücksichtigt. Hierdurch wurden die Finanzierungsbeträge der Stadt Düsseldorf und der Stadt Neuss für die Verkehrsleistung der Rheinbahn nicht sachgerecht ermittelt (Veränderung Stadt Neuss -0,951 Mio. €; Veränderung Stadt Düsseldorf +0,951 Mio. €).

Rheinbahn – Stadt Monheim

Das Ergebnis des lokalen Anhörungsgesprächs zwischen der Rheinbahn und der Stadt Monheim wurde fehlerhaft wiedergegeben. Dies hat Auswirkungen auch auf die Stadt Düsseldorf (Veränderung Stadt Monheim +0,072 Mio. €; Veränderung Stadt Düsseldorf -0,072 Mio. €).

Aufgrund dieser Sachverhalte wird die vorliegende Anlage 1 der o. g. Vorlage wie folgt geändert:

Betroffene Seiten	Verkehrsunternehmen	Aufgabenträger	Finanzierungsbetrag alt	Finanzierungsbetrag neu
Seite 6	VER	Ennepe-Ruhr-Kreis	13,133 Mio. €	13,033 Mio. €
Seite 11	NEW MöBus	Rhein-Kreis Neuss	0,719 Mio. €	1,349 Mio. €
Seite 17	Rheinbahn, Strab.	Stadt Düsseldorf	20,911 Mio. €	21,862 Mio. €
		Stadt Neuss	1,507 Mio. €	0,556 Mio. €
	Rheinbahn, Bus	Stadt Düsseldorf	14,261 Mio. €	14,189 Mio. €
		Stadt Monheim	0,315 Mio. €	0,387 Mio. €
Seite 28	Stadt Düsseldorf	Rheinbahn, Strab.	20,911 Mio. €	21,862 Mio. €
		Rheinbahn, Bus	14,261 Mio. €	14,189 Mio. €
Seite 30	Ennepe-Ruhr-Kreis	VER	13,133 Mio. €	13,033 Mio. €
Seite 38	Stadt Monheim	Rheinbahn	0,315 Mio. €	0,387 Mio. €
Seite 40	Stadt Neuss	Rheinbahn	1,507 Mio. €	0,556 Mio. €
Seite 41	Rhein-Kreis Neuss	NEW MöBus	0,719 Mio. €	1,349 Mio. €

Die Summen der entsprechenden Seiten sowie die Seite 52 („5. Darstellung der Finanzierungsbeträge der Gebietskörperschaften – Zusammenfassung“), Seite 61 („Anlage 10a - Finanzierungsbeträge der Gebietskörperschaften im Vergleich“) und Seite 63 („Anlage 10b - Finanzierungsbeträge der Verkehrsunternehmen im Vergleich“) verändern sich entsprechend. Die dargestellten Vergleichsdaten des Verbundetats 2016 dieser Seiten weisen irrtümlicherweise die Zahlen des Verbundetats 2015 aus. Dies hat keine finanziellen Auswirkungen auf den vorliegenden Verbundetat 2017.

Die Anlage 2 bleibt von diesen Änderungen unberührt.

Nachtrag zu Drucksache Nr. M/IX/2017/0328

1. Angebote YoungTicket und YoungTicketPLUS:

Die in der vorgelegten Preisübersicht ausgewiesenen Preise für die Angebote YoungTicket und YoungTicketPLUS werden wie folgt korrigiert:

Der Preis des YoungTickets (Monatskarte im Einzelkauf) wird anstatt des dargestellten Betrags von 71,50 € auf **69,95 €** festgesetzt und der Preis für das YoungTicketPLUS (Monatskarte im Abonnement) wird statt des Betrages von 62,95 € / Monat auf **59,95 €** festgesetzt. Beide Angebote sollen wie bereits vorgeschlagen zum 01.01.2018 in Kraft treten. Im ersten Sitzungsblock des Jahres 2018 wird die aktuelle Marktentwicklung bewertet, um daraus Ableitungen für eine Weiterentwicklung der Angebote zum 01.08.2018 (Beginn des Ausbildungsjahres) zu erarbeiten.

Nachtrag zu Drucksache Nr. M/IX/2017/0347

2. Angebot Sozialticket

Der in der vorgelegten Preisübersicht ausgewiesene Preis von 37,80 € soll nicht erst zum 01.01.2018 in Kraft treten, sondern bereits mit Wirkung zum 01.10.2017 vorgezogen werden. Grund ist die nicht mehr auskömmliche Finanzierung des Sozialtickets in 2017 mittels ausreichender zur Verfügung stehender Landesmittel. Gemäß Beschluss der VRR-Gremien aus 2012 ist in diesem Fall die Gesamtfinanzierung mit einer entsprechenden preislichen Maßnahme sicherzustellen. Trotz dieser Preismaßnahme ist ein Sozialticket weiterhin nur halb so teuer wie ein vergleichbares reguläres Ticket1000.

Antrag an den Vorstand der AÖR zur Sicherung einer auskömmlichen Landesförderung des Sozialtickets

Beschlussvorschlag:

Der Vorstand der VRR AÖR wird unverzüglich Verhandlungen mit dem Land aufnehmen, um die Finanzierung des Sozialtickets für 2017 und die auskömmliche Fortführung des Sozialtickets für 2018ff nachhaltig zu sichern.

Begründung:

Eine auskömmliche Landesförderung ist Voraussetzung für den Fortbestand des Sozialtickets.

Bei der Finanzierung des Sozialtickets darf es weder zu einer Mehrbelastung der Aufgabenträger, noch der Verkehrsunternehmen oder der Kunden des sonstigen Ticketsortiments kommen.

Daher hat das Land NRW bis 2015 für das Sozialticket Zuwendungen in Höhe von jährlich 30 Mio. € geleistet. Unter Federführung des VRR wurde dieser Betrag nach Verhandlungen mit dem Land aufgrund der wachsenden Zahl von Leistungsberechtigten (Flüchlinge, allgemeine Kostensteigerung etc.) im Jahr 2016 auf 40 Mio. € für NRW aufgestockt.

Bereits heute zeichnet sich für 2017 ein Finanzierungsdelta ab. Die zur Diskussion stehende unterjährige, stark überproportionale Tarifanpassung von plus 6,3% zum Ausgleich der weiter steigenden Kosten des Sozialtickets steht jedoch im Widerspruch zum Prinzip einer auskömmlichen Förderung durch das Land NRW.

Ohne die Fortführung und Dynamisierung der Landesförderung müsste das Sozialticket laut Beschluss der VRR-Gremien aus 2011 ab 2018 ersatzlos vom Markt genommen werden.

Zur nachhaltigen Sicherung einer sozialen und gerechten Daseinsvorsorge und damit zur Teilhabe auch von finanziell schlechter gestellten Mitgliedern unserer Gesellschaft am ÖPNV/SPNV müssen somit unverzüglich Verhandlungen mit der Landesregierung NRW mit dem Ziel einer weiterhin auskömmlichen Finanzierung des Sozialtickets, insbesondere ab 2018 aufgenommen werden.

Resolution von CDU und BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN im VRR

DAS SOZIALTICKET STÄRKEN UND DESSEN FINANZIERUNG SICHERSTELLEN !

CDU und Grüne haben den Wunsch der Bürger, sowie der Mitgliedsstädte und Kreise im Jahre 2012/2013 aufgegriffen, und das Sozialticket für Bedürftige und Wohngeld-Empfänger eingeführt.

Grundlage des Beschlusses ist, dass es durch die Einführung des Sozialtickets nicht zu Belastungen der den VRR tragenden Städte und Kreise und deren Verkehrsunternehmen, sowie der Kunden des VRR kommen darf. Dieser Beschluss setzte eine Mitfinanzierung durch den Landeshaushalt zwingend voraus!

In den letzten Jahren haben sich die Absatzzahlen des Sozialtickets erfreulicherweise auf 180.000 Kunden erhöht. Einer aktuellen Rechnung des VRR zufolge sind bereits im Jahre 2017 die vom Land NRW geleisteten Ausgleichszahlungen nicht mehr kostendeckend.

Um eine Einstellung des Sozialtickets zu verhindern, sehen sich die Fraktionen von CDU und Grünen daher gezwungen, einer Erhöhung des Sozialtickets um 6,3% zum 1.10. zuzustimmen!

Nur so ist es möglich, ein sofortiges Ende des Sozialtickets im VRR zu verhindern.

Auch nach der Erhöhung bleibt das Ticket ein um 50% kostengünstigeres Tarifangebot im Vergleich zum normalen Monatsticket 1000.

Damit ist von Seiten der Gremien im VRR alles unternommen worden, um das Sozialticket für 2017 zu sichern und die Grundlage für einen Weiterbestand des Sozialtickets auch in Jahre 2018 geschaffen.

Unser Appell richtet sich daher an die neue NRW-Landesregierung. Denn nur durch eine auch weiterhin gesicherte Mitfinanzierung des Sozialtickets durch das Land NRW, kann das bestehende Ticket für Bedürftige gesichert werden.

Kontakt:

Frank Heidenreich
Vorsitzender der CDU-Fraktion im VRR
Tel.: 0170/4120215

Norbert Czerwinski
Vorsitzender der Fraktion
Bündnis90/Die Grünen im VRR
Tel.: 0173/9119979